

Bezugspreis: Vierteljährlich 9.—, monatlich 3.—, frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 3.—, 1/4, 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition kostet 1.20 M. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Bsp. (zählend 1 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Bsp. Stellengeld und Schließstellenanzeigen das erste Wort 60 Bsp., jedes weitere Wort 30 Bsp. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließt vom 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 26. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Entlarvung der Alldeutschen!

Der Konflikt in den Siemenswerken.

Die Verhandlungen, die gestern nachmittag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, haben noch nicht zu einer Beilegung des Konflikts geführt. Die Vertreter der Parteien verständigten sich dahin, daß der Streitfall vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zum Austrag gebracht werden soll. Die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses begannen heute vormittag 10 Uhr im Vorzimmer.

Kurzzeit ruht der Betrieb in allen Werken des Siemenskonzerns vollständig. Die Arbeiter haben die Entlassungen mit dem allgemeinen Streik beantwortet. Infolgedessen befinden sich mehr als 30000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand.

Die in bürgerlichen Blättern ausgesprochene Befürchtung, der Streit könne sich auf die gesamte Berliner Metallindustrie ausdehnen, ist grundlos. Die Arbeiter haben keine Veranlassung, dem Ausstand eine weitere Ausdehnung zu geben. Daß sie zu einer Verständigung bereit sind, zeigt ja ihre Beteiligung an den Verhandlungen. Mit der Lohnbewegung in der Metallindustrie, für welche die Verständigungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft sind, steht der Konflikt bei Siemens in keinem Zusammenhang.

Hoffentlich wird der Ausstand in den Siemenswerken durch die heutigen Verhandlungen beigelegt werden. Es wäre ja unehrenhaft, wenn ein so unbedeutender Vorgang wie das Abstreifen von Plakaten zu einem ausgedehnten Kampf von den schwerwiegendsten Folgen führen sollte. Es war kein kluger Einfall, daß die Betriebsleitung einen Antrag, für den eine kleine Ordnungsgeldstrafe vielleicht angebracht gewesen wäre, mit der Entlassung von 40 Arbeitern beantwortete, die dann den Ausstand von 30000 nach sich zogen.

Hier muß ein Weg zur Verständigung gefunden werden.

Zu vorgerückter Nachtruhe erfahren wir noch, daß am Freitag nur mittags zwischen 11 und 1 Uhr im Reichsarbeitsamt verhandelt worden ist. Ohne Ergebnis.

Die Verhandlungen werden vor dem Schlichtungsausschuß am Sonnabend vormittag 9 Uhr fortgesetzt.

Schiedspruch im Schmiedestreik.

Zur Beilegung des Schmiedestreiks fand am gestrigen Freitag vor dem Schlichtungsausschuß unter Vorsitz eines Vertreters des Demobilisierungskommissars eine Verhandlung statt. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt und den Parteien ausgegeben, sich bis Dienstag mittag 12 Uhr über seine Annahme zu entscheiden. Es darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß damit der Schmiedestreik sein Ende findet.

Lohnbewegung der Metallarbeiter.

Wegen der allgemeinen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Metallindustrie fanden am gestrigen Freitag gleichzeitig paritätische Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband statt, die bisher jedoch zu einer Einigung nicht geführt haben. Die Arbeitnehmer beabsichtigen nunmehr das Reichsarbeitsministerium zwecks Vermittlung anzurufen.

Elektrizitätsarbeiter in Oberschlesien ausständig.

Kattowitz, 25. Juli. Die Arbeiter der beiden ober-schlesischen Raktwerke Chorzow und Zabrze haben beschlossen, heute (Freitag) in den Ausstand zu treten. Sie fordern 10 Prozent Lohnserhöhung, Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern, Absetzung des Direktors Pilger, sofortige Bewilligung eines Kohlen-deputates und Wohnungsgeld.

Wirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks.

Einschränkung des englischen Eisenbahnverkehrs.

Wie aus London gemeldet wird, muß von Montag an der Eisenbahnverkehr in England erheblich eingeschränkt werden, um einen Ausgleich für den Ausfall der Kohlenförderung zu schaffen. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß vom 1. August ab Hausbrandkohle an Private nur in halben Rationen abgegeben wird.

Das Wirtschaftsleben wird durch den Streik auf das empfindlichste gelähmt. Infolge der Kohlenknappheit können in verschiedenen englischen Städten keine Straßenbahnen mehr verkehren, die Straßenbeleuchtung mußte ebenfalls eingeschränkt werden. Die englische Eisen- und Stahlindustrie wird auf das schwerste geschädigt. Insgesamt feiern bereits 50000 Arbeiter, deren Betriebe infolge Kohlenmangels schließen mußten. (Z.)

Staatssekretär Otto Bauer vor dem Rücktritt.

Wien, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Politik des Staatssekretärs für Auswärtiges, des Genossen Dr. Otto Bauer, war darauf gerichtet, mit Italien als unserem mächtigsten Nachbar in ein gutes Verhältnis zu treten. Er hat danach getrachtet, eine Lösung für die Frage Deutsch-Südtirol

zu finden, welche dieses Land militärisch zwar Italien überläßt, das darauf bestand, es aber politisch und wirtschaftlich bei Deutschösterreich läßt. Er wollte in diesem Sinne auch ein Mittler zwischen Italien und Deutschland sein.

Nun hat vor einiger Zeit der Chef der italienischen Mission in Wien, Prinz Vorkheise, erklärt, daß Italien auf diesen Plan, der ihm nicht die volle Souveränität in Deutsch-Südtirol gibt, sich nicht einlassen könne. Der zweite Grund für den Rücktritt Bauers ist das

Mißtrauen der Franzosen

gegen ihn, das sie einmal wegen seines Eintretens für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland hegen, dann aber auch, weil sie ihn bolschewistischer Ideen verdächtigen. Dieses französische Mißtrauen wird auch durch die Erwägung nicht beseitigt, daß Otto Bauer während des Krieges so wie wenige die imperialistischen Tendenzen bei den Mittelmächten auf das Schärfste bekämpft hat.

Bauer hatte schon vor längerer Zeit dem Staatskanzler Genossen Dr. Renner mitgeteilt, daß er aus diesem Grunde zurücktreten wolle, der Staatskanzler hatte aber die Entscheidung bis zu einer persönlichen Unterredung verschoben. Bei der Besprechung in Feldkirch in Vorarlberg, die nach der Ueberreichung des Erwürgungsfriedens von St. Germain stattfand, scheint

der Staatskanzler zugestimmt

zu haben, jedoch das Scheiden Bauers vom Staatsamt des Auswärtigen höchst wahrscheinlich ist. Er leitet daneben auch die Sozialisierungskommission.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der österreichischen Nationalversammlung wurde vom Präsidenten Seis Mitteilung vom Rücktritt Bauers gemacht, der danach schon vollzogen ist. Der Nationalversammlung soll vorgeschlagen werden, den Staatskanzler Renner mit der Leitung des Auswärtigen zu betrauen.

Die französische Finanzlage.

Sechsmilliardenanleihe?

Aus der gestrigen Sitzung der französischen Kammer, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wurde, ist zu berichten: Scharfe Angriffe richteten die Abgeordneten Vedouce und Lefebvre gegen das Finanzgebahren des Ministeriums. Vedouce erklärte, der Krieg habe Frankreich 300 Milliarden gekostet; dazu kämen bis Ende 1919 89 Milliarden konsolidierte Schuld, 74 Milliarden schwebende Schuld und 30 Milliarden ausländische Verpflichtungen. Unter diesen Umständen berechne er das Minimum des zukünftigen jährlichen französischen Budgets auf 25 Milliarden. Trotz der verschiedenen Steuerpläne blieben noch 10 Milliarden ungedeckt. Lefebvre vertrat die Ansicht, daß eine Anleihe von fünf bis sechs Milliarden notwendig sei.

Französisch-elsässische Zusammenstöße in Straßburg.

Nach Mitteilungen der „Offenburger Zeitung“ ist es am Dienstag in Straßburg zu blutigen Zusammenstößen zwischen französischem Militär und der Zivilbevölkerung gekommen. Der Anlaß dazu war der Ausstand der Straßenbahner. Um den Verkehr aufrechtzuerhalten, hatten französische Offiziere und Unteroffiziere die Bedienung der Wagen übernommen. Dies erwiderte die Arbeiter derart, daß sie die Straßenbahnwagen mit Steinen besarfen und die Leitungsdrähte zerstörten. Bei den Zusammenstößen sollen ein Offizier und mehrere Soldaten getötet und andere Franzosen mißhandelt worden sein. Auch wurden Flugblätter verteilt, die die Selbständigkeit des ehemaligen Reichslandes forderten.

Italien für Annahme des Friedens. Aus Paris wird gemeldet: Man erwartet hier, daß Italien innerhalb zehn Tagen das Friedensabkommen mit Deutschland ratifizieren wird.

Vor den Staatsgerichtshof!

Das Riesenverbrechen, das die Alldeutschen an die deutsche Nation begangen haben, ist gestern in Weimar um ein weiteres wichtiges Stück enthüllt worden. Daß dieser Krieg — von der Schuld an seiner Entstehung ganz zu schweigen — mit völliger Niederlage und Zerschmetterung des deutschen Volkes nach vierjähriger Ausübung seiner besten Kräfte enden mußte, — das ist ihr Werk, ihr Werk allein.

Verzweifelt klammern sich die Alldeutschen an die Legende, daß die Revolution den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet und herbeigeführt habe. Aber ein Blinder fühlt mit dem Krüchler, daß die Revolution nicht die Ursache, sondern die Folge, nicht die Mutter, sondern die Tochter der Niederlage war. Mit ein paar Scheinbeweisen, wie sie gestern wieder der konservative Lärmhauer v. Graefe in der Nationalversammlung vortrug, luden die Alldeutschen das moralische Gebäude ihrer Theorie zu stützen. Es war nichts, aber auch nichts Neues unter dem, was Herr Graefe mit großem Pathos vortrug. All die abgehandelten Geschichten tauchten wieder auf, die hier schon ein dutendmal blühend widerlegt worden sind: die verkleinerten Renommistereien des Magdeburger Unabgängigen Vater, die kindliche Geschichtsauffassung Ledebours von der Revolution, über die selbst die Kommunisten weidlich lachen, die Kontinentallegenden der „Deutschen Tageszeitung“, alles Argumente, deren völlige Wertlosigkeit längst erwiesen ist.

Was die Alldeutschen als „Beweise revolutionärer Unterwühlung“ der Armee anführen, das sind in Wirklichkeit nur die Beweise der vollkommenen Erschöpfung einer jahrelang gegen ungeheure Uebermacht von Menschen und Material schonungslos ins Feuer geschickten Armee. Daß die Westarmee im Herbst 1918 moralisch und physisch am Zusammenbruch war, das leugnet niemand, aber gerade dieser Umstand führt uns auf den springenden Punkt.

Auf den Punkt, welcher lautet: Ruhte der Krieg bis zu diesem totalen Zusammenbruch fortgesetzt werden? Gab es keine Möglichkeit, ihn früher zu beenden? Selbst wenn die Beweisführung der Alldeutschen so zutreffend wäre, wie sie falsch ist, selbst dann sind sie in keiner Weise entlastet, wenn sich herausstellt, daß die Möglichkeit bestand, den Krieg lange vorher zu beenden, noch ehe all das eintrat, was sie behaupten.

Das wissen die Alldeutschen. Und deshalb halten sie mit ungeheurer Zähigkeit die Behauptung von dem „unbedingten Vernichtungswillen der Gegner“ aufrecht. Wie ein unantastbares Dogma stellen sie den Satz hin, daß England, Frankreich, Amerika usw. in jeder Phase des Krieges entschlossen gewesen seien, den Krieg bis zur völligen Niederzwingung Deutschlands fortzuführen, und daß Deutschland deshalb gar keine andere Wahl gehabt habe, als den Krieg auch seinerseits fortzuführen bis zum völligen Sieg oder bis zur völligen Niederlage.

Und eben das ist die Lüge, die Lüge, der wir den fürchterlichen Ausgang des Krieges verdanken. Die Dokumente, die der Reichsminister Erzberger gestern in der Nationalversammlung vorgetragen hat — unsere Leser finden ihren Wortlaut an der Spitze der ersten Beilage — beweisen unwiderleglich, daß der angebliche unbedingte Vernichtungswille der Gegner mindestens zu einem Zeitpunkt des Krieges nicht bestanden hat, daß sie mindestens zu einem Zeitpunkt die Verständigung mit Deutschland angestrebt haben, daß aber diese Verständigung an der Schuld der Alldeutschen und ihres Vertrauensmannes in der Regierung, des Reichskanzlers Michaelis, gescheitert ist.

Das war wenige Wochen, nachdem der Reichstag die bekannte Friedensresolution vom 19. Juli gefaßt hatte. Von jener Resolution behaupten die Alldeutschen, sie habe den Vernichtungswillen der Gegner gestärkt, denn sie sei als Zeichen der Schwäche aufgefaßt worden.

Das Gegenteil stellt sich jetzt heraus! Anderthalb Monate nach dieser Resolution machte England einen sehr ernsthaften Verständigungsversuch. Am 30. August 1917 schrieb der päpstliche Nuntius Pacelli einen Brief an den Reichskanzler unter Beifügung einer Abschrift eines Telegramms des englischen Gesandten beim Vatikan.

Der Inhalt dieses Schreibens war, daß der Papst seine Bemühungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortsetzen werde, wenn Deutschland eine bestimmte Erklärung über die Absichten bezüglich Anerkennung der vollen Unabhängigkeit

Nationalversammlung zu Weimar

(Schluß aus der ersten Beilage.)

Reichsfinanzminister Erzberger:

Ist das alles? Das ist die einzige Frage, die ich an den ...

ist eine Republik und wird eine Republik bleiben.

Ich werde mich bemühen, dies in jeder Hinsicht zu bewerkstelligen ...

von einer Union in die andere

gestürzt. Der Krieg gegen Frankreich sollte in drei Monaten ...

eine militärische Diktatur.

Es war das Unglück des deutschen Volkes, daß es kein ...

Mindestens zweimal konnte ein ehrenvoller Frieden zustande kommen.

(Hört, hört!) Die Rechte mit dem Militäre zusammen ...

Schwerindustrie unter Führung von Friedrich Krupp,

der Geleisenbahnen Bergwerksgesellschaft, des „Phönix“, des ...

Wissen mußte 1916 mit aller Energie den Frieden herbeiführen ...

tabotiert durch die Erklärung des U-Boot-Krieges.

Im demokratischen Deutschland hat Graf Bernstorff eine Dar- ...

Immediatbericht des Grafen Czernin;

darin heißt es u. a., daß Österreich am Ende seiner Kraft ist ...

Präsident Heubach: Das hat der Abg. Graefe nicht gesagt.

Minister Erzberger (fortfahrend): Ich frage den Abg. Graefe ...

Und nun zur Friedensaktion selbst, die damals, als ...

Graf Bernstorff teilnahmen. Da sagte der Führer der Konser- ...

ein Verbrechen am deutschen Volke

begangen. (Lebhafte Beifall.) Am 1. August hielt der Reichs- ...

ein Angebot Englands

vorlag, dem die französische Regierung sich angeschlossen habe ...

Vier Wochen gibt man den Ministern keine Antwort.

(Stürmisches Hört, hört! links und im Zentrum.) Ich muß aber ...

(Stürmisches Hört, hört! Große Unruhe, die sich zum Lärm ...

ist. Hätte es diese Dinge besser gewußt, hätte es den Frieden ...

zwei Jahre gewissenlos irriggeführt ist.

der U-Boot-Krieg. (Stürmisches Hört, hört!) Und wie stand es im ...

die U-Boot-Krieg. (Stürmisches Hört, hört!) Und wie stand es im ...

die U-Boot-Krieg. (Stürmisches Hört, hört!) Und wie stand es im ...

die U-Boot-Krieg. (Stürmisches Hört, hört!) Und wie stand es im ...

die U-Boot-Krieg. (Stürmisches Hört, hört!) Und wie stand es im ...

die U-Boot-Krieg. (Stürmisches Hört, hört!) Und wie stand es im ...

was Sie verhindern haben.

(Sehr rühmend und lebhafte Zustimmung.) Der Friedensvertrag ist ...

nach der Ihrem eigenen Gewissen. (Stürmisches Beifall, der sich auf ...

Der rote Vollzugsrat!

Die S. B. D.-Fraktion der Vollzugsräte überfordert und ...

Angenehm hat die Regierung seit Wochen daraufhin gearbeitet ...

Das hat er nicht gemollt und hätte es auch beim besten Willen ...

Wo waren die Vertreter der Holz- und Bauarbeiter oder ...

Sie saßen in Berlin von einer Versammlung zur ...

Die Tätigkeit des Berliner Vollzugsrats war bis jetzt eine ...

Wir wollen dem Sozialismus freie Bahn brechen lassen; daß ...

Deßhalb, Parteigenossen, Kollegen und Kolleginnen, heißt aus ...

Die Dokumente des Verbrechens.

Der Reichsfinanzminister Erzberger hat am Freitagmorgen in der Nationalversammlung zum Gegenstande gegen seine und in diesem Falle auch unsere politischen Gegner ausgehört. Die Alldeutschen mit ihrem Anhang haben den verhassten Träger der Steuervorlagen zur Strecke bringen wollen. Darüber hinaus wollten sie mit ihrem erbitterten Kampf in Presse und Parlament das ganze gegenwärtige Regime, die Republik und die Regierungsparteien diskreditieren.

In seinem Gegenhieb stützt sich Erzberger in der Hauptsache auf zwei Dokumente, einen Brief des damaligen päpstlichen Nuntius in München, der den ersten ernsthaften Friedensschritt Englands und Frankreichs darstellt, und die ablehnende Antwort des damaligen deutschen Reichsfinanzministers Michaelis.

Diese Dokumente werden in einer Broschüre mitgeteilt, die unter dem Titel: „Warum mußten wir nach Versailles“ im Verlage von Reimar Hobbing in Berlin erschienen und von Oskar Müller verfaßt ist. In dieser Broschüre wird eine klare und lesenswerte Darstellung der Lage des Sommers 1917 geboten. Die Dokumente sind als Anlage beigelegt. Wir lassen den Wortlaut dieser Aktenstücke folgen:

Schreiben des päpstlichen Nuntius.

München, den 30. August 1917.

Curie Erzcellenz!

Ich habe die hohe Ehre, anliegend Euerer Erzcellenz die Abschrift eines Telegramms zu übermitteln, das von Seiner Erzcellenz dem Herrn Gesandten Seiner Majestät des Königs von England bei dem Heiligen Stuhle Seiner Eminenz dem Herrn Kardinalstaatssekretär übergeben wurde; die französische Regierung schließt sich dem im gleichen Telegramm ausgeführten Darlegungen an.

Seine Eminenz ist voll des Verlangens, jene Bemühungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzusetzen, welchen unangenehm die Kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich Seine Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Eurer Erzcellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzuweisen, welcher sich auf Belgien bezieht und zu erreichen: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung befriedigend, so meint Seine Eminenz, daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine königliche Regierung bereits verständigt, daß der Heilige Stuhl auf die im angelegenen Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der Kaiserlichen Regierung erhalten haben wird.

Weinerseits möge es mir gestattet sein, der festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß Euerer Erzcellenz, bei deren Eintritt in die allerhöchste Stelle unter wohlwünschtem Zusammentreffen der hochgeschätzte päpstliche Vorschlag erschienen ist und welche so günstige Einflüsse in bezug auf dieses Friedenswerk gezeigt hat, sich unsterbliche Verdienste erwerben wird, um das Vaterland und um die ganze Menschheit, wenn mit einer verständlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird.

In solcher Erwartung ist es mir sehr angenehm, der Befinnung höchster Wertschätzung Ausdruck zu geben und habe ich die Ehre zu verharren als

Euerer Erzcellenz ergebenster

gez. Eugen Pacelli, Erzbischof von Sorbi Apostolischer Nuntius.

Auf dieses ernste Friedensangebot folgte drei volle Wochen später diese ablehnende Antwort:

Die deutsche Antwort.

Berlin, den 24. September 1917.

Euerer Erzcellenz

geneigtes Schreiben vom 30. v. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte den Ausdruck meines aufrichtigen Dankes für die gütige Uebersendung der interessanten Mitteilungen entgegenzunehmen.

Wie ich aus dem Schreiben Eurer Erzcellenz ernehme, will der Herr Kardinalstaatssekretär seine Bemühungen für baldige Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortsetzen; ich nehme hiervon mit lebhafter Genugtuung Kenntnis, da die Wünsche der Kaiserlichen Regierung mit diesen Bestrebungen Seiner Eminenz vollkommen übereinstimmen.

Euerer Erzcellenz wollen mir gestatten, zu der mir gütigst übermittelten Abschrift eines Telegramms der königlich großbritannischen Regierung an ihren Gesandten bei dem Heiligen Stuhle nachfolgendes zu bemerken:

Die Kaiserliche Regierung schließt sich der Auffassung an, daß eine genaue Präzisierung der Kriegsziele denjenigen Weg bildet, auf dem sich unter Umständen eine Einigung unter den kriegführenden Parteien wird erzielen lassen. Dem gerade eine solche Präzisierung der gegenseitigen Bedingungen wird es ermöglichen zu übersehen, ob durch eine Prüfung im Geiste eines verständigen Entgegenkommens vorhandene Gegensätze beseitigt werden können. Für die Behandlung der zu untersuchenden Punkte wird ohne Zweifel eine gewisse Ordnung und Reihenfolge festzusetzen sein; hierbei werden auch nach unserer Ansicht die auf Belgien bezüglichen Fragen in erster Linie Beachtung zu finden haben.

Alle Einigungsversuche müssen aber — und hierauf möchte ich vor Eintritt in Einzelheiten besonders hinweisen — von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, wenn nicht bei dem Austausch der Meinungen derjenige Geist von Objektivität und Achtung vor dem Standpunkt des Gegners hervorwaltet, für den gerade Seine Heiligkeit der Papst während der ganzen Dauer dieses furchtbaren Krieges den Völkern ein so leuchtendes Vorbild gegeben hat.

Bei unseren Gegnern ist im allgemeinen die Tendenz hervorgetreten, den Mittelmächten die alleinige Schuld an dem Uebersiedeln und von ihnen in einem Tone zu reden, als habe ein Angeklagter vor dem Tribunal strenger Richter zu

erscheinen. Wir haben mit aufrichtigem Bedauern wahrgenommen, daß auch in dem von Eurer Erzcellenz mir überreichten Telegramme der königlich großbritannischen Regierung Auffassungen anklingen, die den eben geschilderten entsprechen. Und doch sind noch den uns zugegangenen Berichten manchmal auch in den Äußerungen leitender englischer Staatsmänner objektiver Auffassungen zutage getreten, die von uns angenommen werden könnten und dem Urteile entsprechen dürften, das die Geschichte dereinst über die Entstehungsursache dieses gewaltigen Kampfes als Wahrheit feststellen wird.

Rur ein solcher Geist der ruhigen Beurteilung und der Bescheidenheit kann eine für einen erfolgreichen Gedankenaustausch günstige Atmosphäre schaffen. Es würde mit dem berechtigten Stolz des deutschen Volkes vollkommen unträglich sein, auf dem Boden anderer Anschauungen oder Gefühle sich mit seinen heutigen Gegnern zu einer Diskussion über die Möglichkeit und die Bedingungen eines Friedens zu begenügen.

Ich habe mir erlaubt, diesen Gesichtspunkt so ausführlich hervorzuheben, nicht zu dem Zweck, alte Kontroversen, die jetzt mehr als drei Jahre lang die Völker entflammt hatten, wieder zu beleben und das Friedenswerk zu erschweren, sondern gerade in dem Bestreben, durch genaue Umschreibung jener seelischen Voraussetzungen — auch bei unseren Gegnern —, ohne welche alle noch so wohlgemeinten Versuche ergebnislos bleiben müßten, dem Friedenswerke den Weg zu ebnen.

Wenn sich unsere heutigen Gegner darauf berufen, daß sie als Antwort auf die Rote des Präsidenten Wilson ihre Kriegsziele mitgeteilt hätten, so dürfte es nicht überflüssig sein, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die damals bekanntgegebenen Kriegsziele als Grundlage eines Meinungsaustausches nicht in Erwägung gezogen werden können, da sie einen Ausgangspunkt zur Vorausschätzung haben, der dank der Standhaftigkeit des deutschen Volkes niemals eintreten wird; nämlich die völlige Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten. Wollte Deutschland Kriegsziele veröffentlichen oder seinen heutigen Gegnern mitteilen lassen, die von der umgekehrten Voraussetzung, d. h. von einer völligen Niederwerfung seiner heutigen Gegner ausgehen, so würde unseres Erachtens die Sache des Friedens hierdurch nicht gefördert, sondern geschädigt; denn die Abweichungen der gegenseitigen Forderungen wären so groß, daß auch der beste Wille verzweifeln müßte, eine Einigung für möglich zu halten. Sollte es im gegenwärtigen Augenblicke zu Gesprächen über die Möglichkeit des Friedens kommen, so könnten sie nur auf einer neuen Grundlage geführt werden — auf der Grundlage nämlich, daß zurzeit keine von beiden Parteien besiegt sei und keine der anderen monolithisch oder politisch etwas zuzumute, was von einem stolzen Volk, selbst wenn es besiegt wäre, nicht ertragen werden könnte.

Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Erzcellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu erteilen, so liegt der Grund hierfür keineswegs darin, daß die Kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätze oder glaubt, ihre Absichten und die ihr unumgänglich notwendig scheinenden Garantien könnten ein unübersehbares Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen.

Hierüber Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der Kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft — falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen — in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Eurer Erzcellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der Kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien genauer unterrichten zu können.

Ich darf schon jetzt der uns besetzenden Hoffnung Ausdruck geben, daß das große Unternehmen Seiner Heiligkeit des Papstes den Völkern nach so vielen Schrecknissen dieses beispiellosen Kampfes die Segnungen des Friedens wieder zu schenken, von vollem Erfolg gekrönt sein möge.

In ausgezeichneter Hochachtung habe ich die Ehre zu verharren als

Euerer Erzcellenz ergebenster

gez. Michaelis.

Seiner Erzcellenz

dem Apostolischen Nuntius Erzbischof von Sorbi Hgr. Eugen Pacelli München.

Was ergibt sich aus diesem amtlichen Schriftwechsel?

In dem ersten Briefe wird dem damaligen Reichsfinanzminister Michaelis die bedeutsame Tatsache mitgeteilt, daß die englische Regierung mit ausdrücklicher Zustimmung der französischen durch ihren Gesandten beim Heiligen Stuhle ein Telegramm hat überreichen lassen, in dem die Regierungen der beiden Westmächte sich darüber Gewißheit verschaffen wollen, erstens ob Deutschland eine bestimmte Erklärung abgeben wolle über seine Absichten bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für die in Belgien durch den Krieg verursachten Schäden. Zweitens welche Garantien Deutschland für die politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit Belgiens verlange.

Der damalige Reichsfinanzminister Michaelis läßt drei Wochen ins Land gehen, bevor er den ersten ernsthaften Friedensschritt der Westmächte beantwortet. Inzwischen hat eine wühlende Agitation der Alldeutschen eingeleitet, der es gelingt, die Regierung Michaelis einzuschüchtern. Die Antwort des Michaelis bedeutet den Sieg der Kriegsverlängerer und Annerktionen.

Diese Antwort bedeutete — so schreibt Oskar Müller in seiner oben erwähnten Broschüre — das Ende auch der geheimen nichtamtlichen Vermittlung des Vatikan. Der deutsche Kanzler leute in seinem Brief den Hauptwert auf die damals nebenstehliche Frage, ob Deutschland die alleinige Schuld am Ausbruch des Krieges treffe. Auf die Vorfälle, von England und Frankreich gestellte, durch den Vatikan übermittelte und dringend zu einer persönlichen Beantwortung empfohlene Frage über die Räumung

Belgiens und die von Deutschland gewünschten Garantien verweigerte er jedoch die Antwort, da er „im heutigen Stadium der Dinge“ noch nicht in der Lage sei, bestimmte Erklärungen abzugeben. So war es nach der öffentlichen und vertraulichen Behandlung, welche die Friedensfundgebung des Papstes in Deutschland erfahren hatte, nicht zu verwundern, daß sich bei den feindlichen Regierungen und im neutralen Ausland von neuem die Uebersetzung festsetzte, die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 sei mehr eine Angelegenheit politischer Fassadenkunst gewesen, als eine ernsthaft orientierung der deutschen Politik zum Verständigungsfrieden, daß vielleicht einige Parteien des Reichstags, keinesfalls jedoch die Regierung und die sie stützenden Faktoren zu einer für die Entente annehmbaren Lösung der belgischen Frage bereit seien, und daß es nun gelte, mit zusammengebissenen Zähnen in den vierten Kriegswinter zu gehen.

Das war es, was auch die Minderheit des Deutschen Reichstags und die alldeutsche-konservative Agitation im Lande gemollt hatten. Sie waren im offenen politischen Kampf unterlegen, aber sie hatten, dank der Schwäche der Regierung, einen großen geheimen Sieg davongetragen. Der Frieden war verhindert, der Krieg ging weiter, und das Schicksal Deutschlands neigte sich in der typischen Verbindung glänzender militärischer Erfolge mit der Unmöglichkeit, sie politisch fruchtbar zu machen, und zum Frieden reifen zu lassen, seinem Ende zu.

Nationalversammlung zu Weimar

Vormittags-Sitzung.

Am Regierungstisch: David, Müller, Koste, Erzberger, Raumann.

Nach Erledigung kleiner Anfragen nimmt das Wort

Präsident Lehndorff: Der Kellerausschuß hat folgenden Arbeitsplan

entworfen. Es soll verhandelt werden, heute und morgen in Vormittags- und Nachmittags-Sitzungen die politische Aussprache zu Ende zu führen. Gelingt dies, dann soll ferner für Montag die Beamteninterpellation zur Beratung gestellt werden. Für den Dienstag und die folgenden Tage ist in Vormittags- und Nachmittags-Sitzungen die dritte Lesung der Verfassung in Aussicht genommen. Dann soll, etwa vom 1. bis 5. August, für das Plenum eine kleine Pause eintreten. Vom 5. August an würden dann in erster Lesung die

großen Steuervorlagen

zur Beratung kommen, dann werden wir versuchen, die in der Zwischenzeit verhandlungsbereit gewordenen kleineren Steuervorlagen zu erledigen. Wie lange Zeit das in Anspruch nehmen wird, läßt sich natürlich heut noch nicht sagen; es kann der 10. August werden, es kann aber auch noch später werden. Dann würden wir für das Plenum eine Ferienpause von etwa einen Monat und für die Steuervorläufe eine kleine Pause von etwa 8 Tagen eintreten lassen. Nach der kleinen Pause würden wir Ihnen für etwa Mitte August den Umsatz der Steuerkommissionen nach Berlin vorlegen, einmal im Interesse der Förderung der sachlichen Verhandlungen, und dann wegen der großen Kosten, die uns hier in Weimar erwachsen. Also wir schlagen Ihnen vor, daß die Ausschüsse nach ihrer kurzen achtstägigen Pause in Berlin ihre Arbeiten fortsetzen und daß das

Plenum etwa am 15. September in Berlin tagen wird.

Ich nehme an, daß bis dahin die Steuervorlagen in den Ausschüssen vorbereitet sind; in der Zwischenzeit wird auch der Etat zur Vorlegung kommen, und es würde das eine Arbeitszeit bis in den Oktober hinein bedeuten. Ich weiß, daß das eine außerordentliche Zumutung an Ihre Ausdauer und Arbeitskraft bedeutet; ich möchte auch namentlich gegenüber wackeren Meidern draußen im Lande der Nationalversammlung das Zeugnis ausstellen, daß sie, wie selten ein Parlament, in fortgesetzter Arbeit sich betätigt hat mit unendlicher Ausdauer, Arbeitslust und Arbeitsfreude.

Die geschäftlichen Mitteilungen sind damit abgeschlossen, und wir können zum nächsten Gegenstand

Besprechung der Erklärung der Reichsregierung

übergehen.

Dr. Braune (Zent.):

Zentrum und Sozialdemokratie haben ihre Koalition in der Friedensfrage nicht von langer Hand vorbereitet; die Koalition des Vaterlandes erzwang hier, wie in anderen Dingen, ein Kompromiß.

Ohne Sozialdemokratie ist heute keine Regierung denkbar,

Das Zentrum glaubte sich der Verantwortung für die Unterzeichnung des Friedens nicht entziehen zu können. In der entscheidenden Reaktions-Sitzung stimmten nur sieben Mitglieder gegen die Ratifikation. Die Ablehnung würde Anarchie und Bürgerkrieg gebracht haben. Auch die Rechte konnte die Entwicklung nicht hindern. Ihr Nein war

ein Nein des Affektes

(Stürmischer Widerspruch rechts, langanhaltende Bewegung und durcheinanderwogende Jurufe, die sich wiederholen, als der Redner fortfährt); war ein Nein des Affektes und nicht der ausbauenden Tat. Die Frage war nicht: diesen oder einen anderen besseren Frieden, sondern die Frage war: Wann schließen wir den schlechten Frieden, jetzt oder später, und vielleicht gar noch einen schlechteren? Das Können mit der Revolution war weder recht noch redlich. Sie hätte nie Ordnung geschaffen und wird sich auch in absehbarer Zeit nicht verwirklichen. Anders handeln konnte nur, wer in der Opposition stand. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Man spricht dort den Ja-Sägern, wie man sich geschmacklos ausdrückt, die nationale Gesinnung ab, nicht einmal ein neues, sondern aus alter Zeit herkömmliches Mittel. Wir brauchen keine Beerdigung unserer nationalen Gesinnung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Man hat von Schmachfrieden gesprochen. Eine Schmach ist der Friede für die, die ihn uns aufzwingen,

aber auch für die, die den Krieg, dessen Folge der Friede ist, verflucht haben.

Der Friede selbst ist ein Unrecht und eine Vergrößerung, und wir werden nicht aufhören, seine Revision auf friedlichem Wege zu fordern und mit allen Mitteln nachdrücklich zu betreiben. Alles Unrecht rächt sich einmal. Das deutsche Volk hat sich so oft aus Armut, Elend und Niederlage herausgearbeitet, daß es auch diese Prüfung übersteht wird. In seiner Unerfüllbarkeit trägt der Friede

bereits eine Korrektur in sich.

Wir können unsere Verpflichtungen nur mit unseren Fabriken be-

Der Streik der Telegraphenarbeiter.

Gestern verhandelte die Oberpostdirektion mit Vertretern der Telegraphenarbeiter. Eine Verständigung wurde jedoch noch nicht erzielt.

Oberpostdirektor Sönlisen erklärte, daß sich durch den Streikbeschlus die Situation sehr verschärft und zuungunsten der Arbeiter gestaltet habe.

Die Vertreter der Arbeitnehmer mochten auf die Folgen dieses schmerzlichen Standpunktes aufmerksam und erklärten nochmals ihre Bereitwilligkeit, falls eine Zusage für die Wiedereinstellung der Entlassenen gegeben und in eine Erwägung über die Möglichkeit der Lohnzahlung seit der Entlassung eingetreten werde, für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit und die Ruhe und Sicherheit im Betriebe die Gewähr zu übernehmen.

Von den Vertretern des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten, die an der Besprechung teilnahmen, wurde die Frage aufgeworfen, ob diejenigen Unterbeamten, die aus dem Telegraphenarbeiterberuf hervorgegangen seien, etwa zur Uebernahme der Arbeiten der Streikenden herangezogen werden sollten.

Von weiteren Maßnahmen hat die Arbeitnehmerorganisation vorläufig noch abgesehen, da sie erst den Bescheid des Ministers aus Weimar abwarten will.

Sofort nach dem Ausbruch des Generalstreiks hat die Oberpostdirektion angeordnet, daß der Störungsdienst durch unsere Beamten, wie Leitungsassistenten usw., durchgeführt wird.

Angestellten-Verhandlungen in der Chemischen Industrie.

Während in der Metallindustrie die Tarifverhandlungen vorläufig abgebrochen sind, hat der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt.

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse. Verdeutschet von Max Hoffdorf.

Und Crillon kommt und ruft: „Herr Gott im Himmel, welch ein Durcheinander!“ Der alte Ponce erleichtert sich mit der Behauptung: „Das ist der Anfang vom Ende!“

Die Zeit strich hin. Keine Nachrichten mehr. Was werden die Arbeiter tun? Was wird man erfahren! Endlich wird um 3 Uhr nachmittags Postbote sichtbar.

Postbote leucht jetzt heraus: „Ist schon alles zu Ende! Alles geht gut, ha, versucht und zugenäht! Ehrentwort, die sind in geschlossenem Trupp zur Villa Gozlan hinmarschiert und Herr Gozlan selber war dort.“

Gruppen und Grüppchen auszuschalten. So sehr sich auch der Vertreter des „Ardid“ (Arbeitnehmerverband der chemischen Industrie Deutschlands) dagegen kränkte, war es doch notwendig, im Interesse der gesamten Angestellten derartige Sondergruppen von den Tarifverhandlungen auszuschalten.

Man hofft in der chemischen Industrie bald zu einem günstigen Abschluß zu kommen. Die Arbeitgeber des Großhandels werden

Die Freunde unserer Zeitung

werden gebeten, bei ihren Ausflügen und Reisen an allen Verkaufsstellen, besonders an den Bahnhöfen, den „Vorwärts“ zu kaufen und ihn in den Gasthöfen, Restaurants und Cafés stets zu verlangen.

„Vorwärts“-Verlag S. m. b. H., Hauptexpedition, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

jedoch gut tun, ebenfalls schleunigst in Verhandlungen einzutreten, da nach der Resolution bis zum 31. Juli keine Zeit mehr zu verlieren ist und die Angestellten der chemischen Industrie sowohl wie die der Metallindustrie mit aller Energie darauf bestehen, endlich das ihnen zustehende Existenzminimum zu bekommen.

Groß-Berlin

Gegen die Schundliteratur in Groß-Berlin.

Der Groß-Berliner Ausschus zur Bekämpfung der Schundliteratur (Vorsitzender Stadtrat Sassenbach, Geschäftsführer Lehrer Gütte, Geschäftsstelle R.M. 21, Rodumer Straße 9) hat seine Arbeit begonnen. Sochs Unterkomitees sind gebildet worden.

Grundsätzlich arbeitet der Groß-Berliner Ausschus mit allen anderen gleichgerichteten Bewegungen jeder Richtung zusammen.

Vollzugsrat der S. P. D. und D. P. D. Arbeiterräte Groß-Berlins.

Achtung! Kameraden, die in irgendwelchen militärischen Angelegenheiten Rat und Hilfe des militärischen Ausschusses des Vollzugsrates in Anspruch nehmen wollen, wollen sich von jetzt ab an den Vollzugsrat, Militärischer Ausschus, SW. Lindenstr. 114, I. Et. r. wenden.

Auf verchiedene Anfragen. Nach dem Ausschreiben unserer dort so gemein bekämpften Genossen aus dem U. S. P. S. P. „Vollzugsrat“ ist natürlich kein Pfennig für diesen zu zahlen.

Kreis Niederbarnim und Gesehentwurf Groß-Berlin.

Außer denjenigen Gemeinden, welche nach Groß-Berlin eingemeindet werden sollen, regen sich jetzt auch die Ortschaften des Kreises Niederbarnim, bei denen dies zweifelhaft ist oder welche voranschläglich im Kreise verbleiben werden.

Unter diesen Gesichtspunkten ist von einem Werbeauschus, der sich zunächst aus führenden Kommunalpolitikern sämtlicher Vororte an der Nordbahn gebildet hat, eine Denkschrift ausgearbeitet worden, welche der Preussischen Landesversammlung zugehen soll.

Kein Einmachejude.

Die die Wiene aus jeder Blüte Honig zu saugen weiß, so versteht es die „Freiheit“ geradezu meisterhaft, aus jedem Vorfall Stoff zur Agitation zu gewinnen.

Bankbeamtenlöhne.

In der Sonntagsnummer des „Lokal-Anzeiger“ brachte ein Bankbeamter unter dem Titel „Neuer Bankkreis in Sicht“ einige Beispiele von Gehältern, wie sie bei einer Berliner Großbank gezahlt werden.

und er stammelte: „Das ist stark! Jawohl, das ist sehr stark! Jawohl, mein Junge!“ Er lachte mit seinem flatschenden, und befriedigten Lachen, und er wiederholte laut seinen wohlbekannten Rehrreim von dem souveränen Volke, das sich nicht auf den Weinen halten kann!

Unter einigen Kleinmütigen Bürgern, die schon am Morgen ihre politische Meinung geändert hatten, tauchte ein breites Gesicht auf. Es war Fontan. Ich erinnere mich, schon am Abend vorher in seinem Keller ganze Rabungen von Champagnerflaschen gesehen zu haben.

Während des ganzen Tages hatte auf den Bewegungen und Worten der Menschen ein Zwang gelegen. Jetzt löste sich das in Freude auf. Man legte geräuschvoll die Verschwörerunterlagen ab, mit denen man sich am Morgen ausgestattet hatte.

Am Birtshausstisch, der dunkelrot, wie mit geronnenem Blute gestrichen ist, treffe ich Vielbaque.

Während des ganzen Tages hatte auf den Bewegungen und Worten der Menschen ein Zwang gelegen. Jetzt löste sich das in Freude auf. Man legte geräuschvoll die Verschwörerunterlagen ab, mit denen man sich am Morgen ausgestattet hatte.

zweifelnde Sämmeln, mit dem Brissille in seiner Schmiede auf den Ambos dröhnt. Wir fangen zu lachen an, wie wir seit langem nicht mehr gelacht haben.

Vedor ich einschläfe, erinnere ich mich an meine demokratischen Anwandlungen von einstmal. Gott sei Dank, ich bin einer großen Gefahr entronnen.

Lange Zeit verstrich, zehn Jahre bin ich nun schon verheiratet. Während dieser ganzen Zeitdauer ist nichts Bemerkenswertes eingetreten, höchstens die Enttäuung bei dem Tode der reichen Tante Marias.

(Fortf. folgt.)

